

KURZ UND PRÄGNANT

Ergebnisse der U18-Wahl in Thüringen

Bei der U18-Wahl in Thüringen am 15. September wurde die CDU mit 21,6 Prozent gewählt. Die AfD erhielt 15,69 Prozent von 5702 abgegebenen Stimmen. Die SPD kam auf 15,37 Prozent. Linke und Grüne lagen mit etwa 10,6 Prozent gleichauf. Für die FDP stimmten 6,47 Prozent, für Die Partei 5,75 Prozent. Die Piraten und auch die NPD können bei den Jungwählern die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen. Die Wahl wurde von Jugendlichen für Jugendliche organisiert, wie die Thüringer Landeskoordinatorin Maria Wischeropp sagte. Dafür hatten in Thüringen 61 Wahllokale – vor allem in Schulen – geöffnet. Organisiert wurde die Testwahl vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring und anderen Jugendverbänden. ■

Finanzierung Schulen in freier Trägerschaft

Auf einen Zeitungsbeitrag reagierend sagte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion Torsten Wolf: „Den freien Schulen in Thüringen ging es noch nie so gut. In den fünf Jahren unserer Regierungskoalition bekommen sie 50,3 Millionen Euro bzw. 37 Prozent mehr vom Land. Zusätzlich wurden den Trägern weitgehende Freiheiten beim Personal gegeben, eine festgelegte Quote für die Fortbildung und die Sicherheit im weiteren Aufwuchs der staatlichen Mittel von 1,9 Prozent jährlich ins Gesetz geschrieben. Damit macht die Koalition deutlich, dass bei den Schülern nicht die Herkunft über die Wahl der Schule entscheiden soll. Thüringen ist nicht nur bei der Finanzierung staatlicher Schüler auf Spitzenplatz 1, sondern in den allermeisten Schularten und auch bei der Finanzierung der Schüler freier Schulen auf Platz 1 bis 2.“

Zur Kritik der Träger wegen zu hoch empfunderter Elterngebühren sagte der Abgeordnete: „Es gibt das verfassungsmäßige Gebot der Drei-Säulen-Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft. Säule Nr. 1 ist der Trägeranteil, Säule Nr. 2 die Elternbeiträge, Säule Nr. 3 die staatliche Zuschussfinanzierung. Das Land finanziert die freien Schulen mit 80 bis 85 Prozent und prüft, ob und in welcher Höhe die Elternbeiträge rechtskonform erhoben werden bzw. steigende Personalkosten daran ihren Anteil haben, obwohl bekannt ist, dass die wenigsten Träger nach dem oder in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder bezahlen. Eine Vollfinanzierung seitens des Staates für freie Schulen ist verfassungsrechtlich jedenfalls ausgeschlossen.“ ■

Viele Petitionen kamen zum Thema Bildung

Arbeitskreis der Linksfraktion hatte zum Fachgespräch „Kita und Schule“ eingeladen

Im Laufe der Legislatur war im Petitionsausschuss des Landtages eine Vielzahl von Petitionen (Eingaben) zum Thema „Bildung“ eingegangen. Da Bildung ein großer Themenschwerpunkt ist, hatten die Mitglieder des Arbeitskreises Petitionen der Fraktion DIE LINKE Anja Müller, Ronald Hande und Ute Lukasch gemeinsam mit Diana Skibbe vom Arbeitskreis Bildung am 12. September mehrere Petenten zu einem Fachgespräch „Kita und Schule“ eingeladen.

Dabei waren in den Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung selbstverständlich die Bildungsexperten der Fraktion einbezogen. Stundenausfall an einer Regelschule in Südthüringen, die Problematik bei der Entfristung der Lehrerinnen und Lehrer für die Beschulung von Flüchtlingskindern, die Schwierigkeiten bei der Übernahme

von Hort-Erzieherinnen in den Landesdienst, eine geplante Schließung einer Berufsschule und die Einstellungsproblematik bei Lehrerinnen und Lehrern sind nur einige Themen, die im Laufe des Abends angesprochen und besprochen wurden.

Den Petenten wurde auch der im Juli erschienene Bericht des Bildungsministeriums zu den Ergebnissen der Kommission „Zukunft Schule“ übergeben. Dazu bemerkte ein Teilnehmer der Veranstaltung: „Ich empfehle das Lesen dieses Berichtes – es ist das Beste, was seit langem aus dem Ministerium kommt, und das Beste, was es derzeit gibt“. Petenten und Abgeordnete haben nach über eineinhalb Stunden reger Diskussion vereinbart, dass offene Fragen mitgenommen und mit den Verantwortlichen geklärt werden. Auch möchte die Linksfraktion die Petenten im Mai 2018 erneut zu einem Gespräch und Austausch einladen, um zu

klären, ob sich die Situation im Sinne der Petenten verbessert hat.

„Wir sind super zufrieden mit der Veranstaltung – es hätte nicht besser laufen können. Eltern konnten sich mit Schulleitern austauschen, ohne dass sie direkt miteinander betroffen sind. Es war eine sehr offene und konstruktive Diskussion“, fasste Anja Müller zusammen.

Vernetzungstreffen im Oktober

Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE findet am Freitag, den 13. Oktober, im Thüringer Landtag das erste bundesweite Vernetzungstreffen im Bereich „Petitionswesen“ statt. Bei den Teilnehmenden über die Veranstaltung handelt es sich um LINKE-Abgeordnete der Petitionsausschüsse des sächsischen Landtages, der Berliner Bürgerschaft und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam wollen sich die Abgeordneten über die unterschiedlichen Arbeitsweisen der Petitionsausschüsse, die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen austauschen und gegebenenfalls eine effektive Zusammenarbeit verabreden.

Auch wollen sich die Abgeordneten über den Umgang mit freien Petitionsplattformen wie openPetition.de austauschen. Dabei geht es u.a. um die Frage, wie mit den zugesandten Unterschriftenlisten umgegangen wird und inwiefern freie Petitionsplattformen Ausdruck einer modernen Form der Bürgerbeteiligung sind. Auch wird darüber zu reden sein, ob es eventuell eine offizielle Zusammenarbeit mit diesen Plattformen geben kann.

Einen ganzen Tag werden die Abgeordneten in den Räumlichkeiten des Thüringer Landtages diese und andere Themen auf Einladung der LINKEN diskutieren.

Karsten Melang



Die Mitglieder des Arbeitskreises Petitionen der Fraktion DIE LINKE (von links): Anja Müller, Ronald Hande und Ute Lukasch. Foto: Peter Lahn

Zum Flüchtlingsurteil des Europäischen Gerichtshofs

Die Slowakei und Ungarn sind mit einer Klage gegen eine Flüchtlingsquote in der EU vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) am 6. September gescheitert. Die Zurückweisung der Klage stützt die bereits im Juni gegen Ungarn, Polen und Tschechien eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren.

Bisher zeigten sich alle drei Regierungen davon unbeeindruckt und es ist nach Ansicht der Flüchtlingspolitikerin der Thüringer Linksfraktion, Sabine Berninger, „auch nicht zu erwarten, dass der Beschluss daran etwas ändert. Im Gegenteil kann eigentlich Geflüchteten auch nicht gewünscht werden, dass sie in solchen Ländern mit einer zunehmend ausländerfeindlichen, rassistischen Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung – die ja

auch zur Wahl dieser Regierungen führte – umgesiedelt werden“. Mitgliedsstaaten zur Aufnahme „zu zwingen“, hält die Abgeordnete nicht für sinnvoll.

„Solidarische Verantwortungsübernahme, eine solidarische gemeinsame Asylpolitik sollte meines Erachtens durch eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung der aufnahmebereiten Staaten und eine Art Umlagefinanzierung sowie empfindliche Vertragsstrafen für die Verweigernden versucht werden. Der viel beschworene 'Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Europa' ist leider insbesondere für Schutzsuchende noch lange nicht, was wir uns darunter vorstellen. Mit dem Festhalten am Dublin-System bleibt die Verantwortung für Geflüchtete weiterhin unverhältnismäßig auf die südlichen und östlichen EU-Länder ab-

gewälzt. Dieses System ist untauglich und gehört abgeschafft zugunsten eines solidarischen Ausgleichs zwischen den EU-Ländern, der nicht auf Kosten der schutzsuchenden Menschen stattfinden darf, sondern vor allem auf finanzieller Ebene geschehen muss“, betonte Sabine Berninger.

In der online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 6. September hieß es: „Man kann sie mit den rechtlichen Mitteln zwingen, die der EU zur Verfügung stehen. Das läuft nach Lage der Dinge auf Zwangsgelder und/oder auf ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags hinaus, wie es Polen gerade wegen der Justizreform droht. Am Ende stünde der Verlust des Stimmrechts, ein de-facto-Ausschluss aus der EU.“ ■